

- Angela Merkel: Wir müssen versuchen, aus dieser großen Krise auch eine **Chance** zu machen (Seite 2)
- Friedrich Merz: Jetzt das **Fundament** für die Atlantische Allianz im 21. Jahrhundert legen (Seite 6)

Die Reden der Parteivorsitzenden und des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Debatte des Deutschen Bundestags „Terroranschläge in den USA und Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen sowie der NATO“ am 19. September

MIT DEM ...

Wortlaut des Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP zur Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung zu den Terroranschlägen in den USA und den Beschlüssen von Sicherheitsrat und NATO (Seite 10)

Wir müssen versuchen, aus dieser großen Krise auch eine **Chance** zu machen

„Wir werden das World Trade Center wieder aufbauen“ – der New Yorker Bürgermeister Rudolf Giuliani hat diesen Satz vor ein paar Tagen gesagt. Inmitten der größten Katastrophe, die Amerika je heimgesucht hat, inmitten all der Zerstörung, inmitten all des Leids, der Toten und der Verletzten sagt er ein wenig trotzig, vor allem aber entschlossen und mutig: „Wir werden das World Trade Center wieder aufbauen.“

Wie wir die Amerikaner kennen, werden sie es wahrscheinlich größer und schöner bauen als je zuvor. Das imponiert mir, das imponiert vielen Menschen.

Damit kein Missverständnis aufkommt: Es kann niemand sagen, dass die Menschen in den Vereinigten Staaten bei dem, was sie erlebt haben, und bei dem, was geschehen ist, nicht mindestens so viel Verzweiflung empfinden wie wir. Es kann niemand sagen, dass die Mütter und Väter in den USA oder in Großbritannien nicht die gleichen Ängste haben wie die Mütter und Väter in Deutschland – vor dem, was geschehen ist, aber auch vor dem, was jetzt kommen mag. Ich will hinzufügen: Ich finde diese Angst verständlich. Sie drückt die Fassungslosigkeit aus. Sie ist ein Maß für die Ungewissheit über das, was kommt. Sie lässt bei vielen Erinnerungen wieder aufkommen oder aber Gelesenes fast real erscheinen.

Ich bin fest davon überzeugt: Angst darf nicht unser Ratgeber sein. Deshalb hat Giuliani etwas ganz Besonderes geschafft: Er hat ausgedrückt, was es bedeutet, den Sieg der Freiheit gegenüber dem Terror durchzusetzen. Diese Worte von Giuliani fassen für

mich die Entschlossenheit zum Sieg der Menschenwürde gegenüber der Barbarei in Worte. Sie stehen auch in der Stunde der größten Not dafür, dass wir nicht kapitulieren vor Feigheit und Zerstörungswut.

Eine Kriegserklärung an die zivilisierte Welt

Das ist der Geist, der die Menschen nicht im Geschehenen gefangen nimmt, sondern der sie aus Trauer und Verzweiflung wieder ausbrechen lässt. Das ist der Geist einer Debatte, die der Zukunft zugewandt ist. Das ist der Geist, den ich mir auch für die kommenden Debatten in Deutschland wünsche und der auch von der heutigen Debatte ausgehen muss; denn verantwortungsbewusste Politik – ob in der Regierung oder in der Opposition – war und bleibt immer eines: die Gestaltung der Zukunft. Es ist vielleicht ein oft dahingesagtes Wort, aber es sollte gerade auch in den kommenden Wochen der Kern unseres Handelns bei allen Entscheidungen – ob im Nordatlantischen Bündnis oder in der Europäischen Union, ob in der Regierung oder in der Opposition – sein: jeder in seiner Rolle, jeder an seinem Platz. Genau deshalb nehmen wir als Union unsere Aufgabe als kritischer Wächter, aber auch als zuverlässiger Begleiter der Bundesregierung sehr energisch und konsequent wahr.

Es richtig, dass das, was am 11. September stattgefunden hat, eine Kriegserklärung an die zivilisierte Welt ist. Der 11. Septem-

ber war eine Zäsur. Heute sind wir dabei, zum ersten Mal auch über die Konsequenzen und Folgerungen zu beraten. Es geht dabei um sehr konkrete Konsequenzen in wirtschaftlicher Hinsicht, in politischer Hinsicht, in diplomatischer Hinsicht und – um das ganz ausdrücklich hinzuzufügen – auch in militärischer Hinsicht. Es geht darum, dass wir einer vollkommen neuen Lage gegenüberstehen.

Es ist in den letzten Tagen viel von Dankbarkeit, ja sogar von Schuld die Rede gewesen, in der gerade wir Deutschen nach 50 Jahren Beistand durch die Amerikaner gegenüber den USA stünden. Das ist ohne Zweifel richtig.

Aber wäre es das allein, es würde auf Dauer nicht tragen. Eine wahre Freundschaft lebt auch, aber nicht allein von Dankbarkeit. Wahre Freundschaft lebt von ihrer Tragfähigkeit für die Zukunft.

Der Bundeskanzler hat deshalb Recht, wenn er von uneingeschränkter Solidarität mit den NATO-Partnern und den USA spricht.

Tragfähige Partnerschaft gründet Solidarität auf Taten

Er hat Recht, wenn er sagt: Es darf nicht heißen „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“. Deshalb füge ich hinzu: Eine tragfähige Partnerschaft zwischen den Staats- und Regierungschefs innerhalb des Bündnisses der NATO, der Europäischen Union und darüber hinaus gründet diese un-

eingeschränkte Solidarität auf Selbstbewusstsein zwischen den Partnern. Eine tragfähige Partnerschaft gründet diese Solidarität auf aktives Engagement für den anderen. Eine tragfähige Partnerschaft gründet diese Solidarität auf Taten und nicht alleine auf Worte.

Wenn dieser 11. September eine Zäsur markiert, wenn dieser 11. September ein Tag war, der für die Geschichte des 21. Jahrhunderts eine ausschlaggebende Bedeutung hat – ich glaube das –, dann geht es darum, den Gegner genau zu erkennen, und dann geht es darum, die Ordnung für das 21. Jahrhundert zu finden.

Nach der Beendigung des Kalten Krieges, Ende der 80er-, Anfang der 90er- Jahre, gab es Aufsätze und Bücher, in denen wichtige Autoren vom Ende der Geschichte geschrieben haben. Wir wissen heute: Die Bedrohungen des 21. Jahrhunderts haben spätestens am 11. September ein klares Gesicht bekommen. Wir haben keine Illusionen mehr über die Gefahren unseres Jahrhunderts. Niemand kann mehr sagen, er habe es nicht gesehen. Alle Warnungen vor solchen Gefahren sind durch die Realität übertroffen worden.

Deshalb ist es so wichtig, dass wir versuchen, aus dieser großen Krise auch eine Chance zu machen. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um den Aufbau einer Architektur des 21. Jahrhunderts: Mit Sicherheit – keine Frage – ist dies eine globale Architektur. Für mich ist in den letzten Tagen noch einmal ganz deutlich geworden,

REDE DER
PARTEIVORSITZENDEN
ANGELA MERKEL
IN DER DEBATTE DES
DEUTSCHEN BUNDESTAGS
„TERRORANSCHLÄGE IN DEN
USA UND BESCHLÜSSE DES
SICHERHEITSRATS DER
VEREINigten NATIONEN
SOWIE DER NATO“
AM 19. SEPTEMBER

wie sehr die zwei Seiten einer Medaille zusammenhängen: die politische Demokratie und die wirtschaftliche Ordnung einer globalen Welt. Wir haben dies in Deutschland immer wieder erlebt.

Freiheitliche Demokratie und soziale Marktwirtschaft waren zwei Seiten einer Erfolgsgeschichte. Genauso wird es in einer globalen Welt sein.

Von den Gegnern der Globalisierung haben wir viel Kritisches über die Globalisierung gehört. Ich kann nur sagen: In der letzten Woche hat die Wirtschaftsordnung eine schwere Bewährungsprobe bestanden. Das gemeinsame besonnene Vorgehen von amerikanischer Notenbank und europäischer Zentralbank hat dazu geführt, dass diese Wirtschaftsordnung im Rahmen des Möglichen einigermaßen stabil blieb. Dies war ein Riesenerfolg. Wenn der Euro seine erste Bewährungsprobe bestanden hat, dann war dies in der letzten Woche. Wir können dankbar sein, dass wir ihn haben.

Jetzt geht es um eine neue politische Ordnung. Kerstin Müller hat gesagt: Es wird nichts mehr so sein, wie es war.

Ich halte das für falsch. Die Werte, auf die wir diese Ordnung gründen, werden die gleichen Werte bleiben wie vor dem 11. September. Es sind die Werte der Freiheit, der Gerechtigkeit und der Solidarität.

Aber wir werden die Linien neu ziehen müssen. Wir werden sehr klar sagen müssen, wo die Unterschiede liegen. Sie werden gezogen werden zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Achtung der Menschenwürde und ihrer Missachtung, zwischen Freiheit und Unfreiheit.

Jeder im internationalen Rahmen und jeder bei uns zu Hause wird gefragt werden, wie er sich zu diesen Linien stellt. Da wird es keine Halbheiten geben, da wird es keine Ausflüchte geben. Deshalb wird sich die

Staatengemeinschaft in dieser Krisensituation auch neu ordnen. Es geht nicht nur um eine neue Architektur der NATO, es geht genauso um eine neue Architektur von Allianzen, die in den nächsten Tagen und Wochen ihre Bewährungsproben zu bestehen haben. Ich halte die Resolution des UN-Sicherheitsrats für einen ersten Vorboten dieser neuen Architektur. Aber sie muss sich bewähren, und das wird in der Praxis erfolgen.

Welche Rolle spielt Deutschland in der Welt des 21. Jahrhunderts?

National heißt für uns vieles. Es heißt auf der einen Seite, dass sich jeder in diesem Lande, in jeder Vereinigung, in jeder Partei entscheiden muss, wie er sich zu den Grundwerten unserer Ordnung stellt. Ich wünsche mir, dass gerade auch die Vertretungen der ausländischen Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land diese Trennlinie sehr klar ziehen. Das würde unserer Gemeinsamkeit im Lande und der Integration sehr helfen.

Es wird für uns heißen, dass wir nicht werden warten können, bis jemand auf uns zukommt und uns um etwas bittet. Vor allen Dingen werden wir nicht die Attitüde einnehmen können, dass der Kelch an uns vielleicht vorübergehe. Es geht in dieser Stunde um die Fragen: Welche Rolle wird Deutschland in der Welt des 21. Jahrhunderts spielen? Werden wir in der Lage sein, entsprechend unserer ökonomischen Kraft auch eine politische Kraft in dieser Weltordnung zu sein?

Es ist unser ureigenes Interesse, zu klären, inwieweit wir in diesen Wochen und Monaten zu dem bereit sind, was nach Artikel 5 des NATO-Vertrags von uns mit großer Wahrscheinlichkeit verlangt werden wird, nämlich die Ausübung des Bündnisfalls. Es ist das erste Mal, dass wir nach dem

Ende des Kalten Kriegs – unserem ureigenen Interesse als wieder vereinigtes Land folgend – für Freiheitlichkeit eintreten können.

Ich sage dies so betont, weil ich weiß, dass in den neuen Bundesländern viele Menschen keine Dankbarkeit für 50 Jahre NATO fühlen, wie das in den alten Bundesländern der Fall ist. Aber auch mit diesen Menschen werden wir darüber sprechen, dass es keine freiheitliche Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland geben wird, wenn wir jetzt die Zeichen der Zeit verschlafen. Es ist für mich keine Petitesse, wenn der Regierende Bürgermeister von Berlin in dieser Auseinandersetzung von „Stellvertreterkriegen“ spricht. Es sind keine Stellvertreterkriege, sondern es waren Angriffe auf unsere ureigenen Werte. Deshalb dürfen wir uns nicht anders verhalten als andere.

Herr Staatsminister Volmer – als solcher scheinen Sie gesprochen zu haben –, wenn Sie hier, abweichend von dem, was der Bundeskanzler gesagt hat, und sogar abweichend von Ihrem eigenen, heute abwesenden Minister, darum bitten, dass die militärischen Aktionen kurz seien, dann kann das nicht der Maßstab sein. Der Maßstab muss die Frage sein, ob wir unsere Werte wie die Freiheit erfolgreich verteidigen und mit welchen Mitteln dies am besten gelingt. Deutschland hat dabei nicht darüber zu entscheiden, ob ihm die Vorgehensweise der USA passt oder nicht.

Wir dürfen weder Wut noch Angst haben. Das dürfen nicht unsere Ratgeber sein. Sicherlich ist es auch richtig, dass Besonnenheit gefragt ist. Die Diskussionen der nächsten Wochen deuten sich aber schon an. Wenn in diesen Tagen von Besonnenheit gesprochen wird, dann spüre ich durch viele Ritzen, dass dahinter ein ganz unterschiedliches Verständnis steht.

Besonnenheit kann Entschlossenheit, Mut und richtiges Handeln mit kühlem Kopf bedeuten. Wenn Besonnenheit jedoch Wankelmütigkeit bedeutet, dann ist dies nicht unser Verständnis.

Es muss eine Besonnenheit sein, bei der klar wird, dass wir nicht nur wissen, was wir nicht wollen oder wovor wir uns fürchten, sondern auch wissen, was wir anstreben und wozu wir uns entschließen. Das ist das Allern Wichtigste.

In den nächsten Wochen wird es um diese Fragen gehen.

Die Verantwortung der Opposition

Ich sage auch: So wie wir den Schulterchluss mit der Regierung im Kampf gegen die Bedrohung eingegangen sind und auch weiter eingehen werden, so werden wir die Tatsache, dass dies in der innenpolitischen Debatte eine Zäsur war, nicht einfach wegschieben können. Verantwortung einer Opposition heißt immer auch Verantwortung für diejenigen Dinge, die in unserem Lande geleistet werden. Wenn angeblich, wie Frau Müller gesagt hat, nichts mehr so ist, wie es war – eine Auffassung, die ich noch nicht einmal teile –, dann darf der Bundeshaushalt mit Sicherheit nicht das Einzige sein, was so bleibt, wie es war.

Herr Bundeskanzler, wir sehen uns hier nächste Woche zu einer anderen Debatte wieder. Diese Debatte wird etwas mit den Fragen zu tun haben, wie unsere Bundeswehr ausgerüstet ist und wie unsere innere Sicherheit ausgestattet ist. Genau diese Fragen werden dann zu beantworten sein. Da wir uns einig sind, dass es sich um neue Schwerpunkte, um neue Aufgaben handelt, erwarten wir auch einen neuen Bundeshaushalt.

Jetzt das **Fundament** für die atlantische Allianz im 21. Jahrhundert legen

Vielleicht haben wir alle erst am vergangenen Wochenende, als wir nach langen Tagen und Nächten in Berlin etwas Zeit zum Nachdenken hatten, vielleicht auch mit unseren Familien und unseren Freunden gesprochen haben, richtig verstanden, was in der letzten Woche wirklich geschehen ist.

Die Ereignisse dieses Tages, die Bilder, die uns seitdem fast ununterbrochen begleiten, werden das Bewusstsein der amerikanischen Nation über Jahrzehnte prägen. Unser Verhalten, so, wie wir uns auch und gerade als Deutsche in den nächsten Wochen und Monaten den amerikanischen Freunden gegenüber zeigen, wird das Verhältnis zwischen Deutschland und Amerika für Jahrzehnte prägen.

Ich will deshalb zu Beginn nicht den fast schon zu oft gesagten Satz wiederholen, dass der 11. September 2001 die Welt grundlegend verändert hat. Aber ich will mit besonderem Nachdruck zum Ausdruck bringen, dass wir alle zu einem klaren „Ja“ zur Gemeinschaft der freien Völker, zum Bündnis der NATO und vor allem zu unseren Freunden in den Vereinigten Staaten von Amerika gefordert sind.

Dies ist nicht die Zeit für ein „Ja, aber“.

Wir Deutsche stehen in der Pflicht, innerhalb der Nordatlantischen Allianz einen Teil der Solidarität zurückzugeben, die wir, insbesondere von Amerika, in über 50 Jahren erfahren haben. Wir können und müssen das Fundament für die Atlantische Allianz im 21. Jahrhundert legen. Die Attentate vom 11. September markieren den ersten Testfall für die neue NATO, die sich mit dem strate-

gischen Konzept vom April 1999 auf die veränderte Sicherheitslage bereits ausgerichtet hatte.

Man muss fast sagen: In kluger Voraussicht hat die NATO vor zwei Jahren festgestellt, dass Sicherheitsinteressen des Bündnisses durch Akte des Terrorismus, der Sabotage, des organisierten Verbrechens, sogar der Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen berührt sein können. Dies ist auf grausame Weise vor wenigen Tagen Realität geworden – eine Realität, der wir uns alle stellen müssen.

Der Angriff hat auch uns getroffen

Auch deshalb geht es bei weitem nicht allein um Dankbarkeit von uns Deutschen für Solidarität im Bündnis. Herr Bundeskanzler, Sie haben mit Nachdruck und, wie ich finde, richtigerweise darauf hingewiesen: Wenn die NATO den Bündnisfall auslöst – dies ist das erste Mal in der Geschichte der NATO, und es ist eine historische Entscheidung –, dann kommt darin auch zum Ausdruck, dass es in unserem ganz eigenen Interesse liegt, ohne jeden Vorbehalt an der Bekämpfung des internationalen Terrorismus mitzuwirken.

So wie New York und Washington hätte es auch Paris, Frankfurt oder Berlin treffen können. Und es hat uns unmittelbar getroffen; denn – Sie haben es bereits gesagt, Herr Bundeskanzler – auch viele deutsche Staatsbürger sind bei den menschenverachtenden Attentaten ums Leben gekommen.

Wichtig ist, dass wir uns Klarheit verschaffen und dass wir den vielen, die uns heute zuschauen und zuhören, sagen, worum es geht: Wir haben es mit den Feinden der offenen Gesellschaft, mit einem totalitären Anspruch der Unfreiheit, der sich gegen uns alle richtet und der die Grundwerte der demokratischen und freiheitlichen Gesellschaften infrage stellt, zu tun. Der freiheitliche, demokratische Rechtsstaat muss sich als wehrhaft erweisen, wenn er auch gegenüber seinen eigenen Staatsbürgern glaubwürdig bleiben will.

Deshalb, Herr Bundeskanzler, haben wir Ihr Angebot an die amerikanischen Freunde zu uneingeschränkter Solidarität von Anfang an unterstützt. Aber täuschen wir uns nicht darüber, dass es schwierig wird. Es wird ziemlich sicher neben allen Bemühungen um Diplomatie, Aufklärung und Strafverfolgung auch militärische Aktionen geben, ja, geben müssen. Das Ziel solcher militärischer Operationen wird nicht sein, Vergeltung zu üben. Jeder Einsatz gegen die Terroristen, gegen ihre Infrastruktur, gegen das Umfeld, das sie schützt und das ihre Taten überhaupt erst möglich macht, ist Teil einer Strategie der Prävention für Freiheit, für Frieden, für das Recht und den Schutz auch unserer Bürger; denn Sicherheit ist und bleibt die Grundlage der Freiheit.

Lassen Sie es mich mit einem Wort von Wilhelm von Humboldt sagen: „Ohne Sicherheit vermag der Mensch weder seine

Kräfte auszubilden noch die Frucht derselben zu genießen. Denn ohne Sicherheit ist keine Freiheit.“

Bei der Herausforderung, Sicherheit in Freiheit zu gewährleisten, geht es nicht, wie manche in diesen Tagen schreiben, um eine Auseinandersetzung unterschiedlicher Kulturen oder Religionen. Die Anschläge von New York und Washington sind weltweit und von fast allen Staaten und von ganz unterschiedlichen Kirchen, Glaubens- und Religionsgemeinschaften und deren geistlichen Oberhäuptern klar und eindeutig verur-

teilt worden. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen ist noch nie so schnell und so klar und so eindeutig und so übereinstimmend zu einer zutreffenden Bewertung und Beurteilung gekommen wie wenige Stunden nach diesem Attentat. Die Vereinigten Staaten von Amerika haben

ihrerseits bisher sehr besonnen reagiert. Dieses gemeinsame Verhalten vieler Staaten und vieler engagierter Menschen, auch und gerade in den Kirchen in aller Welt, hat eine noch nie da gewesene Allianz gegen den internationalen Terrorismus – und um den geht es – überhaupt erst möglich gemacht. So furchtbar die Anschläge waren: Sie geben uns jetzt vielleicht die Chance, weltweit zu einer Ächtung des Terrorismus zu kommen und ihn wirkungsvoll zu bekämpfen.

Gleichzeitig ist der Dialog der Kulturen und Religionen wichtiger denn je. Dies gilt für unser Land, dies gilt für Deutschland mit weit mehr als 2 Millionen hier lebenden

REDE DES VORSITZENDEN
DER CDU/CSU-BUNDES-
TAGSFRAKTION,
FRIEDRICH MERZ,
IN DER DEBATTE DES
DEUTSCHEN BUNDESTAGS
„TERRORANSCHLÄGE IN DEN
USA UND BESCHLÜSSE DES
SICHERHEITSRATS DER
VEREINTEN NATIONEN
SOWIE DER NATO“

Mitbürgern islamischen Glaubens. Dies gilt aber auch weltweit. Es war, wie ich meine, ein ermutigendes Zeichen, dass der amerikanische Präsident vorgestern zum gemeinsamen Gebet in eine Moschee in Washington gegangen ist.

Feindbilder helfen niemandem weiter. Es ist nicht zuletzt das geistige Erbe und der Auftrag der Aufklärung, ein friedliches Miteinander der großen Weltreligionen zu ermöglichen.

Gerade deshalb gilt: Die Bekämpfung des internationalen Terrorismus, den wir in New York und Washington so grausam erlebt haben, macht eine neue, umfassende Sicherheitspolitik nach innen und außen notwendig. Das Kursbuch „Sicherheit“ muss national, europäisch und global neu geschrieben werden.

„Aufklärung und Prävention“ heißt das erste Kapitel. Die Staaten und Staatengemeinschaften der freien Welt werden ihre Anstrengungen deutlich steigern müssen, um schon im Vorfeld zu erkennen, wo bestimmte Entwicklungen einsetzen und Anschläge geplant werden. Die Nachrichtendienste brauchen jede Unterstützung, um ihren von den demokratisch legitimierten Regierungen gegebenen Auftrag auch wirksam ausführen zu können: politisch, strategisch-konzeptionell, materiell und personell. Die Zeit jedenfalls, in der die naiven Phantasten dieser Welt mit der Forderung nach Abschaffung der Dienste auf Gehör stießen, dürfte endgültig vorbei sein.

Internationale Verantwortung wahrnehmen

Wir können es auch nicht hinnehmen, dass Deutschland offensichtlich ein bevorzugter Rückzugs- und Ruheraum, ja ein be-

vorzogter Trainings- und Vorbereitungsraum für Terroristen wird, die sich auf einen gottgegebenen Auftrag berufen und hierfür offenbar auch ein größeres Umfeld vorfinden. Dagegen muss entschieden vorgegangen werden.

Herr Bundeskanzler, Sie haben es in Ihrer Regierungserklärung gerade eben noch einmal erwähnt: Sie werden heute Nachmittag im Bundeskabinett erste Vorschläge zur Verbesserung der inneren Sicherheit in Deutschland verabschieden. Dies kann nach unserem Verständnis nur ein Anfang eines später folgenden, umfassenden Konzepts für mehr Sicherheit auch nach innen sein. Ich sage Ihnen namens unserer Fraktion eine zügige, sehr kooperative Beratung zu, damit wir sehr schnell zu richtigen Ergebnissen auch in der Gesetzgebung in Deutschland kommen können.

Ein Land wie Deutschland, zweitgrößter NATO-Partner, bevölkerungsreichstes Land der Europäischen Union, in der geopolitischen Mitte Europas gelegen, muss auch seine internationale Verantwortung wahrnehmen. Absolute Priorität für Sicherheit nach innen und außen, strategische Koordinierung der Sicherheitsaufgaben in einem Aufgabenspektrum, das von Prävention bis zu massiven militärischen Schlägen zusammen mit den Bündnispartnern auch in entfernten Konfliktgebieten reicht – darauf müssen wir uns vorbereiten, politisch, materiell, personell und natürlich finanziell.

Wenn der amerikanische Präsident im Kongress ein Maßnahmenpaket in der Größenordnung von 20 Milliarden Dollar beantragt und innerhalb weniger Stunden 40 Milliarden Dollar bewilligt bekommt, dann ist dies ein deutliches Signal auch an die Finanzpolitiker der Länder der freien Welt, ihrerseits neue Prioritäten zu setzen und auch in den öffentlichen Haushalten einen Beitrag zu leisten.

Diese Entscheidungen erfordern eine neue Setzung der Prioritäten. Wir bieten Ihnen, Herr Bundeskanzler, dabei eine nationale Allianz der Entschlossenheit an.

Denn wir wissen: Wenn wir weiter in einer freien und offenen Gesellschaft leben wollen, wenn Zivilisation und Humanität in aufgeklärten Gesellschaften westlicher Prägung die Grundlage unserer Kinder sein sollen, wenn die Grundwerte unserer christlich-jüdischen, unserer abendländischen Kultur weiter gelten sollen, dann dürfen Terroristen unseren Lebensrhythmus nicht bestimmen.

Wir stehen vor einer wahrhaft historischen Herausforderung. Die Freiheit muss jetzt neu verteidigt werden. Ihrer Bedrohung muss offen entgegengetreten werden. Den Feinden unseres freiheitlichen Gesellschaftsmodells muss mit Augenmaß, aber auch unmissverständlich entgegengetreten werden. Der 11. September 2001 ist deshalb auch das Ende aller Zweideutigkeiten!

Neue Prioritäten der Politik setzen

Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang auch auf das eingehen, was Sie, Herr Bundeskanzler, zum Thema der Zuwanderung und der Einwanderung gesagt haben. Die Umstände dieses Attentats zeigen aus meiner Sicht einmal mehr, wie dringend wir ein umfassendes Konzept zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung brauchen, das auch den Erfordernissen der inneren Sicherheit gerecht wird und das vor allem die Integration von in Deutschland lebenden Ausländern fördert.

Wer in diesem Zusammenhang auf Zeit spielt, der leugnet die notwendigen Konsequenzen, die auch vorher schon zu ziehen gewesen wären. Wir als CDU/CSU-Bun-

destagsfraktion haben jedenfalls als erste der Fraktionen in diesem Haus bereits vor zwei Jahren ein umfassendes Konzept zur Integration vorgelegt. Noch vor der Sommerpause haben wir unsere Vorschläge in einem umfassenden Antrag „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern“ präzisiert. Wir wollen noch in dieser Legislaturperiode zu einer Lösung kommen und bieten Ihnen auch hierzu die Zusammenarbeit an.

Bereits wenige Stunden nach den Attentaten haben wir hier in diesem Hause eine erste Aussprache geführt. Sie, Herr Bundeskanzler, haben am 12. September in Ihrer Regierungserklärung im Deutschen Bundestag den Vereinigten Staaten von Amerika die uneingeschränkte Solidarität Deutschlands zugesichert. Diese Ihre Worte sind vor allem in Amerika auf große Zustimmung gestoßen; sie haben nicht nur in Washington große Aufmerksamkeit gefunden.

Uneingeschränkte Solidarität darf und wird sich nicht in Worten und Bekundungen des Mitgefühls und der Trauer, so wichtig diese allein schon waren, erschöpfen. Den Worten müssen Taten folgen. Es wird Schwierigkeiten dabei geben, auch Rückschläge. Aber gerade dann wird sich Solidarität erst wirklich beweisen. Der sichere Freund bewährt sich in unsicherer Zeit. Deutschland muss jetzt Kurs halten und darf keine Zweifel zulassen, auch im Interesse unseres Landes und seiner Menschen.

Wenn Sie, Herr Bundeskanzler, Ihre Politik in diesem Sinne fortsetzen, wenn Sie zu der zum Ausdruck gebrachten Solidarität auch weiterhin uneingeschränkt stehen, dann werden Sie für diese Politik auch in Zukunft – in den nächsten Tagen, in den nächsten Wochen und in den nächsten Monaten – die uneingeschränkte Unterstützung unserer Fraktion finden.

Entschließungsantrag

der Fraktionen von SPD, CDU/CSU, Bündnis '90/
Die Grünen und FDP zur Abgabe einer Erklärung
der Bundesregierung „Terroranschläge in den USA
und Beschlüsse des Sicherheitsrats der Vereinten
Nationen“

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

- 1.** Der Deutsche Bundestag verurteilt aufs Schärfste die menschenverachtenden Terroranschläge vom 11. September. Er bringt noch einmal seine tiefe Anteilnahme an dem Schicksal der Opfer zum Ausdruck und bekundet seinen Respekt und seine Bewunderung für die großen Leistungen der Polizei, der Feuerwehr und der zahlreichen freiwilligen Helfer in der Katastrophe sowie für die Standhaftigkeit der amerikanischen Gesellschaft gegen die zerstörerische Wirkung dieser feigen Angriffe auf jedes menschliche Zusammenleben.
- 2.** Der Deutsche Bundestag stellt fest, dass sich in Deutschland eine noch
- nicht da gewesene Welle von tief empfundener Solidarität mit dem amerikanischen Volk, von Betroffenheit über die menschlichen Abgründe der Gewalttaten und von Entschlossenheit, dieser Herausforderung im Rahmen einer globalen Allianz wirksam entgegenzutreten, gezeigt hat.
- 3.** Der Deutsche Bundestag unterstützt mit Nachdruck die amerikanischen Bemühungen um ein weltweites Bündnis zum Kampf gegen den Terrorismus und begrüßt es, dass bereits zahlreiche Länder ihre Kooperationsbereitschaft bei dieser Initiative bekundet haben, darunter auch meh-

rere arabische und islamisch geprägte Staaten. Es liegt im Interesse aller Völker, den Terrorismus weltweit zu bekämpfen. In diesem Sinne spricht sich der Bundestag für international abgestimmtes Vorgehen und besonderes Handeln aus.

4. Der Deutsche Bundestag begrüßt die Resolution 56/1 der Generalversammlung und die Resolution 1368 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 12. September 2001, in der festgestellt wird, dass der Sicherheitsrat terroristische Angriffe wie in New York und Washington (DC) als Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit ansieht.
5. Der Deutsche Bundestag unterstützt den Aufruf des Sicherheitsrates zur internationalen Zusammenarbeit, damit die Täter, Organisatoren und Förderer dieser terroristischen Angriffe vor Gericht gebracht werden und diejenigen, die für die Hilfe, Unterstützung oder Beherbergung der Täter, der Organisatoren und der Förderer verantwortlich sind, zur Rechenschaft gezogen werden.
6. Der Deutsche Bundestag stimmt der Erklärung des Nordatlantikrates vom 12. September 2001 zu, in der festgestellt wird, dass der terroristische Angriff vom 11. September 2001 gegen die Vereinigten Staaten als Handlung im Sinne des Artikels 5 des Washingtoner Vertrages zu gelten hat, wenn sich herausstellt, dass dieser Angriff vom Ausland aus gegen die Vereinigten Staaten
7. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bereitschaft der Bundesregierung, den Bekundungen der uneingeschränkten Solidarität mit den Vereinigten Staaten konkrete Maßnahmen des Beistandes folgen zu lassen. Dazu zählen politische und wirtschaftliche Unterstützung sowie die Bereitstellung geeigneter militärischer Fähigkeiten zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus. Über diese Maßnahmen ist nach Kenntnis der amerikanischen Unterstützungswünsche in eigener Verantwortung und gemäß der verfassungsrechtlichen Vorgaben zu entscheiden.
8. Der Deutsche Bundestag tritt jeder kulturellen und religiösen Pauschalurteilung entschieden entgegen und wird zusammen mit der Bundesregierung dafür sorgen, dass unsere muslimischen Mitbürgerinnen und Mitbürger gegen Anfeindungen und Übergriffe geschützt werden. Keine Religion rechtfertigt Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verstöße gegen die Menschenrechte.
9. Der Deutsche Bundestag unterstützt die Bereitschaft der Bundesregierung, über die aktive Solidarität und Unterstützung der amerikanischen Regierung in der gegebenen Situation hinaus zusammen mit anderen Na-

verübt wurde. Artikel 5 des Washingtoner Vertrages schreibt vor, dass im Falle von Angriffen jeder Verbündete der angegriffenen Vertragspartei Beistand leistet, indem er die Maßnahmen trifft, die er für erforderlich erachtet.

tionen und internationalen Institutionen humanitäre Hilfe zu leisten sowie politische und ökonomische Konzepte zu erarbeiten, die geeignet sind, die Ursachen des Terrorismus zu bekämpfen und ihm seinen Nährboden zu entziehen.

- 10.** Angesichts der Bedrohungen, die sich auch für die äußere und innere Sicherheit Deutschlands nach den Terroranschlägen vom 11. September stellen, muss überprüft werden, ob die Organe zum inneren und äußeren Schutz der Bundesrepublik Deutschland in ausreichender Weise auf diese Herausforderungen antwor-

ten können und inwiefern es notwendig ist, sie mit entsprechenden Befähigungen auszustatten.

Berlin, den 19. September 2001

Dr. Peter Struck und Fraktion

Friedrich Merz, Michael Glos
und Fraktion

Kerstin Müller (Köln),
Rezzo Schlauch und Fraktion

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion